

2. QUARTAL 2003

info

DJV-LANDESVERBAND HAMBURG
RÖDINGSMARKT 52 · 2. OG
20459 HAMBURG



E-MAIL: INFO@DJV-HAMBURG.DE
TEL: 040-36 97 10-0 · FAX: 040 /36 97 10 - 22
WWW.DJV-HAMBURG.DE

EMPFEHLUNGEN DER
DOHNANYI-KOMMISSION

GEREIZTE STIMMUNG

JAHRESMITGLIEDERVERSAMMLUNG # RIESTER-RENTE TEIL 2
NDR-PERSONALRATSWAHLEN

EINLADUNG

ZUR

ordentlichen Mitgliederversammlung

am Montag, 28. April 2003, 19:00 Uhr

Großer Sitzungssaal, 3. Stock

Mattentwiete 2, 20457 Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir möchten mit Ihnen über die weiterhin dramatische Lage auf dem journalistischen Arbeitsmarkt für Freiberufler und Festangestellte in Hamburg als Arbeitsschwerpunkt des DJV sprechen. Weiteres Thema ist der Aufbau von DJV-Journalistinnen-Netzwerken in Hamburg und im Bund, die mit einem internationalen Journalistinnen-Netzwerk verbunden werden sollen. Über den Umbau der Medienausbildung an den Hamburger Hochschulen nach den Empfehlungen der Dohnanyi-Kommission diskutiert mit Ihnen

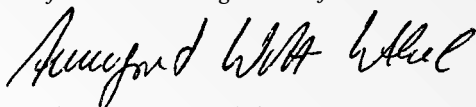
Prof. Dr. Siegfried Weischenberg.

Sollten Sie Anträge an die Mitgliederversammlung haben, so müssen diese Anträge 14 Tage vor der Versammlung schriftlich in der Geschäftsstelle eingehen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und schlagen folgende Tagesordnung vor:

- Tagesordnung:**
- TOP 1: Eröffnung/Begrüßung/Grußworte*
 - TOP 2: Wahl der Versammlungsleitung, Genehmigung der Tagesordnung*
 - TOP 3: Rechenschaftsberichte und Aussprache*
 - TOP 4: Entlastung des Vorstandes*
 - TOP 5: Diskussion mit Prof. Dr. Siegfried Weischenberg*
 - TOP 6: Verabschiedung Etat 2003*
 - TOP 7: Wahl von Ersatzdelegierten*
 - TOP 8: Anträge*
 - TOP 9: Verschiedenes*

Mit freundlichen kollegialen Grüßen



Dr. Annegret Witt-Barthel
(1. Vorsitzende)



Stefan Endter
(Geschäftsführer)



Dr. Annegret Witt-Barthel,
Vorsitzende im DJV-
Landesverband Hamburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Krisen sind bekanntermaßen Chancen zur Veränderung – und es ist gut, dass die meisten von uns angesichts der Wirtschafts- und Medienkrise offen für neue Wege sind. Es ist nachvollziehbar, dass effizienter gewirtschaftet werden muss, ob in den Medienhäusern oder den öffentlichen Haushalten. Dabei jedoch werden problematische Entwicklungen betrieben, vor allem der Verlust von Arbeitsplätzen und eine weitere gesellschaftliche Umverteilung von unten nach oben. So bedeutet der derzeitige Umbruch für viele im DJV, sich oft unfreiwillig der beruflichen Selbstständigkeit stellen oder den Verzicht auf gewohnte tarifvertragliche Gewährleistungen akzeptieren zu müssen. Viele Mitglieder erwarten in den Tarifverhandlungen vom DJV, sowohl die Arbeitsplätze zu erhalten als auch den sozialen Besitzstand zu wahren oder auszubauen. Beides geht nicht mehr. Die Tarifpolitik würde auf die Besserstellung derer abzielen, die einen festen Arbeitsplatz haben. Der könnte dann bald als zu teuer und verzichtbar gelten. Ziel der Verhandlungen muss Beschäftigungssicherung sein. Das aber erfordert Flexibilität.

Neue Modelle zu entwickeln oder gesellschaftliche Reformen zu betreiben, unterstützen wir im DJV grundsätzlich, um wichtige Modernisierungen zu verwirklichen. Wir sperren uns allerdings, wenn die Gunst der Stunde genutzt wird, um mit dem Krisen-Argument der Wirtschaftlichkeit eine Politik der Umverteilung zu betreiben. Dafür gibt es derzeit in Hamburg einige Beispiele.

So soll im Rahmen einer beispielhaften Hochschulreform die Medienausbildung reorganisiert werden. Warum aber soll das neue Zentrum für Medienkommunikation an der Universität abgeschafft werden – während gleichzeitig die privatwirtschaftliche, im Aufbau befindliche Hamburg Media School (HMS) gefördert werden soll? Das Argument lautet: Orientierung am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarf. Gerade dann aber sind beide Einrichtungen wichtig. Denn Medien sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor. Sie sind die wichtigste Institution im Meinungs- und Willensbildungsprozess. Dafür brauchen wir eine unabhängige Journalistik und die medienwissenschaftliche Diskussion.

Auch die HAM, bislang eine politisch und wirtschaftlich unabhängige Institution für die Regulierung privaten Hörfunks und Fernsehens, soll „dereguliert“ werden: Ihr Einfluss auf die Programmgestaltung der kommerziellen Sender soll gekappt werden und den reduzierten HAM-Vorstand soll allein die Bürgerschaft bestimmen. Dazu passen auch die Pläne des Senats für den Offenen Kanal, ein für Bürger zugängliches Medium. Er soll von der Trägerschaft der HAM in die der HMS überstellt werden . . . Bei der geplanten Änderung des Medienrechts orientiert sich der Senat offenbar am wirtschaftlichen und politischen Bedarf.

Eines ist sicher: Der Medienstandort und sein Ansehen werden leiden, wenn unabhängige Institutionen abgeschafft oder kaltgestellt werden.

Es grüßt Sie Ihre

Annegret Witt-Barthel

EINLADUNG

Mitgliederversammlung

2

TITEL

Gereizte Stimmung
Das wird ein heißes
Sommersemester

4

SERVICE

Clever vorsorgen (Teil 2)
zum Herausnehmen

7

MEDIENPOLITIK

Lausch-Urteil aus
Karlsruhe
Handstreich

9

ARBEITSKREISE

APÖ,
AK Journalistinnen,
AK Bild und AK Freie

11

INFOS

Nachruf
Entwicklung oder
Abwicklung

12

BETRIEBE

NDR

13

INFOS

Namen
Nachrichten
Impressum

14

BÜCHER / INFOS

„Der Filmpate“
Termine

15

EMPFEHLUNGEN DER DOHNANYI-KOMMISSION

GEREIZTE STIMMUNG

Verunsicherung herrscht über die Empfehlungen für die Reform der Medienbereiche an der Hamburger Uni. Wo es lang geht, weiß keiner so genau.

Der Wissenschaftsbehörde ist „bei den Medien nicht ganz klar, was gemeint ist“. Professor Siegfried Weischenberg, Direktor des Instituts für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Universität Hamburg, befürchtet „die Kannibalisierung im Uni-Bereich Medien zu Gunsten der neuen Hamburg Media School“, der überwiegend von privatwirtschaftlichen Gesellschaftern getragenen HMS. Deren Geschäftsführer, Jan Henne de Dijn, setzt dagegen auf „Kooperation statt Inkorporation“. In der Hochschulausbildung für die Medien herrscht Verunsicherung und gereizte Stimmung. Ursache sind die Empfehlungen zur „Strukturreform für Hamburgs Hochschulen“. Die von Wissenschaftssenator Jörg Dräger eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz des früheren Hamburger Bürgermeisters und Bundesbildungsministers Klaus von Dohnanyi legte sie im Januar vor. Eine Reform ist überfällig. Angesichts einer zersplitterten Hochschullandschaft, die in oft ineffizienten und praxisfernen Studiengängen zu alte Absolventen hervorbringt und in der Forschung um den internationalen Anschluss ringt, werden die Ergebnisse der Kommission bereits als bundesweite Blaupause gehandelt. Kernpunkte sind aufeinander aufbauende Abschlüsse durch ein Bachelor- und Master-Studiensystem, die bessere Betreuung der Studierenden, höhere Absolventenquoten, die Zusammenlegung verstreuter Kapazitäten zu Zentren und neue Finanzierungsmodelle. Die Maßnahmen versprechen eine Bündelung und bessere Nutzung der universitären Angebote. Das sehen Weischenberg und Henne de Dijn im Prinzip auch so: In der Universität wurde das „Zentrum für Medienkommunikation“ aus Journalistik, Kommunikationswissenschaft und Medienkultur gegründet; die HMS versteht sich als „interdisziplinärer Mediacampus“. Knackpunkt ist die Aus-

richtung der Hochschulreform am Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft. Danach sollen einige Fächer weichen, andere ausgebaut werden.

Für den Bereich Medien heißt es: Abbau in der Uni, Förderung der HMS. Die Kommission empfiehlt die Aufgabe des Vollstudiums Journalistik an der Universität und rät von dem Medienzentrum ab. Es sei zu medienwissenschaftlich ausgerichtet. Die studiengebührenpflichtige Hamburg Media School (HMS) dagegen soll als künftiges Kompetenzzentrum im Bereich der anwendungsorientierten Medienausbildung unter privatwirtschaftlicher Beteiligung aufgebaut werden.

Weischenberg fragt, „ob es in Hamburg künftig statt einer Ausbildung für kompetenten, kritischen Journalismus ein Medientraining geben soll, das sich ausschließlich an Maßstäben der Verwertbarkeit in der Medienindustrie orientiert“. Er plädiert für eine Kooperation mit der HMS innerhalb eines erweiterten Medienzentrums.

Journalistenausbildung ist in der HMS ohnehin nicht vorgesehen. Die Schule konzentriert sich auf audio-visuelle Inhalte und die Ausbildung von Führungskräfte-Nachwuchs. Henne de Dijn setzt auf eigenes Profil und gute Zusammenarbeit: „Natürlich liegt eine Kooperation mit bestehenden Einrichtungen der Journalistenausbildung nahe, dort geht es ja auch um Inhaltsgestaltung für die Medien.“ Damit sind auch die Journalistenschulen der Verlage gemeint.

Entscheidungen über die Ergebnisse der Kommission will der Senat im Juni nach einer öffentlichen Debatte fällen. „Noch handelt es sich um Empfehlungen“, meint die Wissenschaftsbehörde, die bereits mehrere Diskussionen veranstaltet hat.

Zu einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der Medienausbildung lädt der DJV Hamburg am 29. April um 18.00 Uhr ein in das Hotel Marriott in der ABC-Straße 32 in 20354 Hamburg.

Annegret Witt-Barthel

Der Bericht der Kommission ist im Internet abrufbar unter: www.wissenschaft.hamburg.de

Dr. jur. Klaus von Dohnanyi (SPD), 1972/74 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, von 1981 bis 1988 Hamburgs Erster Bürgermeister, hat den Vorsitz in der Kommission, die eine Strukturreform für Hamburgs Hochschulen erarbeitet.



INTERVIEW MIT PROF. WEISCHENBERG

DAS WIRD EIN HEISSES SOMMERSEMESTER

„KEINE SELBSTKANNIBALISIERUNG DER MEDIEN“

Zum Bericht der Dohnanyi-Kommission hier ein Interview mit Prof. Dr. Siegfried Weischenberg, seit zwei Jahren geschäftsführender Direktor am Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft an der Uni Hamburg.

DJV-info: Herr Professor Weischenberg, wie bezeichnen Sie ihre bisherige Arbeit am Institut?

Prof. Weischenberg: Ich bin nach Hamburg gekommen, mit der Zielsetzung, dass die vorhandene Kompetenz im Bereich Medienjournalisten-Ausbildung zusammengefasst wird. Dem habe ich mich von Anfang an sehr intensiv gewidmet. Und ich bin ganz glücklich darüber, dass wir nun das neu gegründete Medienzentrums etablieren unter Einbeziehung des Bereichs Medienkultur, unseres Instituts und des Bredow-Instituts.

DJV-info: Was sind ihre Kritikpunkte zu den Vorschlägen der Dohnanyi-Kommission?

Prof. Weischenberg: Die Hauptkritikpunkte betreffen die sachliche Basis der Aussagen. Die Fakten stimmen einfach nicht. Wir versuchen Journalisten und Journalistinnen beizubringen, richtig zu recherchieren und zu veröffentlichen, und gegen diese Regel ist hier verstoßen worden. Das fängt an bei den Aussagen über Studienerfolgsquoten. Diese Quoten gibt's nicht, die kann's nicht geben. Zum einen weil das Hauptfach Journalistik erst seit zwei Jahren existiert und zum anderen, weil es diese Quoten für das Nebenfach nicht gibt. Das betrifft die Aussage über Praxisanteile, auch die ist unzutreffend. Man muss nur ins Curriculum sehen, 50 Prozent der curricularen Anteile sind Praxisanteile. Drittens müssen die Studierenden vor dem Studium sechs Wochen Praktikum nachweisen und während des Studiums noch einmal acht Wochen Praktikum machen. Vierter Punkt betrifft die Behauptung, die Journalistik sei auf zwei Fachbereiche aufgeteilt und müsste gebündelt werden. Das ist schlichter Unsinn. Es gibt nur ein Institut für Journalistik und das heißt auch nicht – wie es bei Dohnanyi steht – einfach nur Journalistik, sondern



Foto: Niels Bahnsen

Journalistik und Kommunikationswissenschaft. Und das ist in gewisser Weise eine unmittelbare Senatseinrichtung. Also hier gibt's nichts zu bündeln, das ist gebündelt. Und die fünfte Geschichte betrifft dieses Zentrum. Da finde ich nicht nur unzutreffend, was im Bericht steht, sondern es ist auch sehr widersprüchlich. Einmal wird gesagt, es ist der Schritt in die richtige Richtung, andererseits ist es ihnen nicht konsequent genug.

DJV-info: Das Medienzentrums wurde bereits gegründet?

Prof. Weischenberg: Ja, wir haben Medienkultur, Journalistik, Hans-Bredow-Institut zusammengefasst und dieses Zentrum soll den Namen „Rudolf Augstein“ tragen. Die Familie ist ganz angetan von der Idee. Das ist ein guter Name. Also Gräfin Dönhoff wäre für mich noch eine Alternative gewesen. Aber ich denke, gerade Augstein steht für einen respektlosen und eben an Artikel 5 des Grundgesetzes orientierten Journalismus, und das ist für uns Programm.

Prof. Dr. Siegfried Weischenberg war unter anderem von 1999 bis 2001 Bundesvorsitzender des DJV

Fortsetzung von Seite 8



Foto: privat

Marina Friedt, 2. Vorsitzende des DJV Hamburg, arbeitet als freie Journalistin und Autorin in der Hansestadt

Das Institut für Journalistik und Kommunikationswissenschaft ist ungefähr zehn Jahre alt, der Teilstudiengang Journalistik als Nebenfach ist ungefähr 20 Jahre alt mit derzeit etwa 400 Studenten. Das Hauptfach Journalistik und Kommunikationswissenschaft ist im Wintersemester 2000/2001 eingerichtet worden. Aufnahmequote: 30 Studenten/Jahr. Im WS 2001/2002 wurde vom Hamburger Verwaltungsgericht diese Quote verdoppelt. Zur Zeit gibt es etwa knapp 100 Hauptfach-Studierende.

Es ist nicht zuletzt auf die Initiative des DJV mit zurück zu führen, dass es Hauptfachstudiengänge Journalistik gibt. Die Integration von Theorie und Praxis im Rahmen der Hochschulausbildung für Journalisten und Journalistinnen wurde prinzipiell immer für richtig und wichtig gehalten. Studiengänge: neben Hamburg auch in Dortmund, Leipzig und Eichstätt.

DJV-info: Nach dem Motto Demokratie braucht un-bequeme Journalisten?

Prof. Weischenberg: Ja, das wollen wir hier machen. Wir wollen hier natürlich auch Journalisten ausbilden, die einen Job finden, also nicht an der Praxis oder am Markt vorbei ausbilden. Wir wollen respektvolle, kompetente, kritische Journalisten ausbilden. Das ist womöglich etwas anderes als das, was die Hamburg Media School (HMS) will. Aber wir sind der Meinung, dass man beides zusammen bringen kann und dass das letztlich auch den Medienunternehmen gut tut. Ich glaube, diese ganze Qualitätsdiskussion, die unter anderem im DJV stattfindet, geht darum, zwei Dinge zusammen zu bringen, die schwer zusammen zu bringen sind: Einerseits mit Medien auf dem Markt erfolgreich zu sein und andererseits Qualitätsmaßstäbe zu erhalten, auszubauen und vor allem zu sichern. Und wenn man auf unsere Kosten die HMS protegieren will, und die Journalistik bei uns am Institut beendet, dann gibt es keine Journalistik mehr in Hamburg. Und das halte ich für eine Katastrophe in einer Medienstadt wie Hamburg.

DJV-info: Die Kommission spricht von praxisbezogener Ausbildung. Das heißt, die Absolventen, die im Jahre 2012 am dringendsten benötigt werden, sollen gefördert und ausgebaut werden?

Prof. Weischenberg: Vor drei Jahren hätte die Dohnanyi-Kommission mit Sicherheit ganze Passagen darüber geschrieben, dass alles Richtung online gehen muss. Wir haben das zum Glück nicht gemacht. Online spielt bei uns eine Rolle, aber wir machen keine eindimensionale Ausbildung für Online-Journalisten. Wenn Sie in den Bericht der Dohnanyi-Kommission gucken, finden Sie dort zwei konkrete Angaben: Wirtschaftsjournalismus und Wissenschaftsjournalismus als interessante Felder. Auch dies ist geprägt von Ahnungslosigkeit. Wirtschaftsjournalismus ist ein Feld, wo es im Moment ganz viele Arbeitslose gibt und wo traditionell Journalistenausbildung gar nicht die zentrale Rolle spielt. Und Wissenschaftsjournalismus ist ein ganz heterogener Bereich. Also, an diesen und an vielen anderen Stellen ist es nicht kompetent, was da steht und ich kann dem Senator eigentlich nur empfehlen, auf einer solchen Basis keine Entscheidung zu treffen.

DJV-info: Welches Konzept macht ihrer Erfahrung nach Sinn?

Prof. Weischenberg: Ich habe in unserer fünfseitigen Stellungnahme den konkreten Vorschlag gemacht, man sollte doch mal Überlegungen anstellen, ob man nicht unter einem Dach, also wirklich räumlich zusammen geführt, die einschlägigen Aus- und Fortbildungseinrichtungen betreibt. Das würde bedeuten, dass man auch technische Ressourcen und die Infrastruktur nutzen kann und das würde bedeuten, dass man in der direkten Absprache miteinander Schwerpunkte setzen kann und sich gegenseitig ergänzt.

DJV-info: Ist das Vorgehen des Hamburger Senats einmalig in der bundesdeutschen Uni-Landschaft oder gibt es ähnliche Bestrebungen in anderen Uni-Städten? DIE ZEIT sprach von einer Blaupause für andere Städte.

Prof. Weischenberg: Das kann natürlich passieren. Es wird sehr genau beobachtet, was aus dieser Hamburger Geschichte wird. Ich bin übrigens überhaupt nicht der Meinung, dass der Ansatz völlig falsch ist. Dass die Hamburger Hochschullandschaft reformiert werden muss, ist für jeden, der von draußen kommt, durchaus nachvollziehbar. Die Frage ist, wie man es macht und auf welcher Basis! Und wenn ich jetzt wieder auf den Bereich Medien komme, da scheint mir eines ganz problematisch zu sein, nämlich, dass man so weitreichende Vorschläge macht, wie das hier geschieht – ohne hinreichend evaluiert zu haben. Wir waren mit die ersten, die sich geäußert haben und wir wollen da ganz bewusst kooperieren.

Wir sind keineswegs der Meinung, dass wir den exklusiven Zugriff auf Medien und Journalistenausbildung haben sollen. Nur, wir werden einer Selbstkannibalisierung der Universität im Bereich Medien zu Gunsten der HMS nicht zustimmen. Und wir werden sicherlich alles mobilisieren, was wir mobilisieren können. Der Senator hat inzwischen Gesprächsbereitschaft signalisiert.

DJV-info: Glauben Sie, dass im sehr wirtschaftlich denkenden Hamburg Proteste der Studenten eine Erfolgschance haben?

Prof. Weischenberg: Also ich prophezeie, dass es ein ganz heißes Sommersemester geben wird. Das ist ganz klar. Es wird jetzt sehr darauf ankommen, wie das weitere Prozedere läuft. Wenn das ganze par ordre du Mufti angeordnet wird, dazu mit der Konsequenz, dass wir durch die kalte Küche hohe Studiengebühren einführen, dann wird das hier einen heißen Tanz geben.

Die Bundesbildungsministerin, Frau Bulmahn, wollte Studiengebühren per Gesetz von vorn herein ausschließen, und hier reden wir über 15.000 Euro im Jahr, also fast 30.000 Mark. Ich denke, gerade die Medienausbildung ist keine Sache, die ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden darf. Da muss man eigentlich noch einmal ins Grundgesetz gucken, um das zu lernen. Und hier in Hamburg gibt es eine Tendenz, alles nur aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu sehen! Ich halte das auch für kurzsichtig. Und was wir ganz dringend brauchen, ist im Bereich der Journalistenaus- und Fortbildung eine Qualitätskontrolle, eine Akkreditierung. Das scheint mir ganz wichtig zu sein.

Das Interview führte Marina Friedt.

Das komplette Interview finden Sie auch auf der DJV-Homepage www.djv-hamburg.de und die Stellungnahme Weischenbergs ist unter www.journalistik-uni.hamburg.de abzurufen.

ALTERSVERSORGUNG MIT STAATLICHER FÖRDERUNG (TEIL 2)

CLEVER VORSORGEN

Die demografische Entwicklung führt zu ständig neuen Sozialreformen oder genauer:

Kürzungen in der Sozialversicherung (Riesterrenten/ neue Rürup-Kommission).

Davon am Stärksten betroffen ist die gesetzliche Rentenversicherung. Hier der zweite Teil des Beitrags von Helge Kühl.

Riesterförderung nach § 10a EStG: Von dieser Zulagenförderung sollte im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung generell kein Gebrauch gemacht werden, da zum einen der Arbeitgeber die Zulagenförderung verwalten muss und zum anderen der Arbeitnehmer im Rentenalter auf die Rente Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen hat. Besser: Wer von der 10 a-Förderung Gebrauch machen möchte, sollte einen privaten Riestervertrag (s.o.) abschließen.

Als Königsweg der betrieblichen Altersversorgung gilt die Pensionskasse, da mit ihr alle drei Fördervarianten möglich sind. Der Arbeitgeber hat außerdem keinen Beitrag an den Pensionssicherungsverein zu zahlen. Die Abwicklung ist für Arbeitnehmer und -geber sehr einfach. Das Presseversorgungswerk bietet speziell für Journalisten eine neue Pressepensionskasse. Über diese Pressepensionskasse kann dann die Eichel-Förderung in Anspruch genommen werden. Direktversicherung und Riesterrente ermöglichen andere Angebote des Presseversorgungswerks. Bei allen drei Varianten kann zwischen einem klassischen Anlageprodukt oder einer fondsbasierten Lösung gewählt werden.

Fast alle ARD-Anstalten bieten Mitarbeitern, die

nach 1992 angestellt wurden, über die obligatorische Altersversorgung hinaus bei der Baden-Badener Pensionskasse (www.bbp.ard.de) eine Höherversicherung an. Bei der Höherversicherung handelt es sich um eine Pensionszusage, die vom Arbeitnehmer finanziert wird. Großer Vorteil dieser Lösung: Die günstigere Versteuerung der gezahlten Renten im Alter. Außerdem sind die Kosten bei der Baden-Badener Pensionskasse sehr niedrig (u.a. keine Zillmerung!). Später kann zwischen einer Rente oder einer Kapitalzahlung gewählt werden. Gegen einen geringen Zuschlag lassen sich Ehepartner und Kinder versichern. Auch der Lebensgefährte kann versichert werden, sofern Lebensgemeinschaft seit mindestens fünf Jahren besteht. Über die Baden-Badener Pensionskasse ist für ARD-Angestellte auch der Abschluss einer Direktversicherung oder einer gesonderten Riesterrente möglich.

BAV-Check

Die nachfolgenden Beispiele wurden mit der Software BAV-Check berechnet; bei den zu Grunde gelegten Tarifen handelt es sich um Angaben von Durchschnittsanbietern. Folgende Daten wurden vorausgesetzt: Rentenbeginn mit 65 Jahren. Monatliche Einzahlung von 100 Euro gewünscht. Bei der Direktversicherung wird jährlich gezahlt, da nur dann die Sozialversicherungsersparnis bis 2008 realisiert wird. Die pauschalierte Lohnsteuer wird vom Arbeitnehmer getragen. Bei einem Riestervertrag werden die maximal zulässigen Höchstbeiträge (525 Euro im Jahr 2002 ansteigend bis auf 1.200 Euro im Jahr 2008) ausgeschöpft.

Weiter Seite 9

Fall	Einkommen	Förderanteil des Gesamtbeitrags bis 2008 (in Prozent)	Förderanteil des Gesamtbeitrags ab 2008 (in Prozent)	Leistungsquote (in Prozent)
Frau, Single, keine Kinder, geboren 1970	18.000 € pro Jahr	Pensionskasse 49,18 Direktversicherung 26,28 Riesterrente 26,72	Pensionskasse 28,62 Direktversicherg. 5,72 Riesterrente 28,78	21,84 18,72 15,79
Frau, 2 Kinder, geb. 1960, Teilzeit	12.000 € pro Jahr	Pensionskasse 29,90 Direktversicherung 7,00 Riesterrente 24,76	Pensionskasse 9,35 Direktversicherg. 13,55 Riesterrente 24,95	12,74 11,52 10,57
Frau, Doppelverdiener-Ehepaar, 2 Kinder, geb. 1960	18.000 € pro Jahr und zusätzlich 36.000 € beim Ehegatten	Pensionskasse 71,69 Direktversicherung 48,79 Riesterrente 47,72	Pensionskasse 51,14 Direktversicherg. 28,24 Riesterrente 51,21	25,32 18,91 16,34
Frau, Single, keine Kinder, geb. 1970	36.000 € pro Jahr	Pensionskasse 60,52 Direktversicherung 37,62 Riesterrente 39,44	Pensionskasse 39,98 Direktversicherg. 17,08 Riesterrente 40,47	24,75 21,13 17,79
Mann, Single, keine Kinder, geb. 1970	48.000 € pro Jahr	Pensionskasse 60,32 Direktversicherung 37,42 Riesterrente 45,79	Pensionskasse 47,42 Direktversicherg. 24,52 Riesterrente 47,71	31,39 25,92 23,39
Mann, Alleinverdiener, verheiratet, 2 Kinder, geb. 1960	48.000 € pro Jahr	Pensionskasse 60,20 Direktversicherung 37,42 Riesterrente 45,79	Pensionskasse 47,42 Direktversichg. 24,52 Riesterrente 47,71	24,67 19,28 17,37

	Auswirkungen auf	
	Privater Riestervertrag	Betriebliche Altersversorgung
Arbeitslosigkeit	Sofern Anspruch auf Arbeitslosengeld/-hilfe besteht, liegt Rentenversicherungspflicht vor. Das heißt: Der Vertrag wird im Rahmen des § 10a EStG weiter bezuschusst.	Direktversicherungen, Pensionskassen oder Pensionsfonds können privat weitergeführt werden. Da die Verträge jedoch nicht zertifiziert werden, besteht kein Anspruch den Vertrag über 10a weiter fördern zu lassen. Der Vertrag kann auch vorübergehend oder dauerhaft beitragsfrei gestellt werden. Wer sich den Riester-Zuschuss sichern will, sollte dann einen privaten Riestervertrag abschließen. Tipp: Steht die Arbeitslosigkeit kurz bevor und ist deren Dauer nicht absehbar, sollte lieber gleich ein Riestervertrag abgeschlossen werden.
Erziehungsurlaub	Die ersten drei Jahre der Kindererziehung gelten auch ohne einer Tätigkeit nachzugehen als rentenrechtliche Pflichtzeiten. Das heißt: Der Vertrag wird im Rahmen des 10a weiter bezuschusst.	Generell gelten die Ausführungen zur Arbeitslosigkeit. Das heißt: Steht ein Erziehungsurlaub bevor, sollte lieber gleich ein privater Riestervertrag geschlossen werden. Ist ein Kind zu einem viel späteren Zeitpunkt geplant und soll die angestellte Tätigkeit später wieder aufgenommen werden, kann (eine derzeitige hohe Förderung vorausgesetzt) zunächst ein BAV-Vertrag abgeschlossen werden, der während des Erziehungsurlaubs beitragsfrei gestellt wird. Während des Erziehungsurlaubs wird dann ein Riestervertrag abgeschlossen. Nach erneuter Tätigkeitsaufnahme wird der beitragsfrei gestellte Vertrag weitergeführt.
Aufnahme einer freiberuflichen Tätigkeit	KSK-Mitglieder sind rentenversicherungspflichtig. Das heißt: Der Vertrag wird nach 10a weiter bezuschusst.	Die Hinweise zu Arbeitslosigkeit/ Erziehungsurlaub sind analog anzuwenden.
Aufnahme einer nicht künstlerisch-publizistischen selbstständigen Tätigkeit	Wenn keine Rentenversicherungspflicht vorliegt, besteht auch kein Anspruch auf einen staatlichen Zuschuss über 10a. Verheiratete haben jedoch eine Förderungsmöglichkeit, wenn der Ehepartner rentenversicherungspflichtig ist. Der Betroffene ist dann abgeleitet zulagen-berechtigt. In der Praxis wird der Vertrag weitergeführt, ohne eigene Beitragszahlung und nur aus den Zulagen gespeist.	Die Hinweise zu Arbeitslosigkeit / Erziehungsurlaub sind analog anzuwenden.
Wechsel des Arbeitgebers	Da es sich um einen privaten Vertrag handelt, ändert sich nichts. .	Verträge über die Presseversorgung / Pressepensionskasse werden von vielen Medienunternehmen angeboten und können fortgeführt werden. Sollte das neue Unternehmen einen anderen Anbieter ausgewählt haben, kann bei Direktversicherungen in vielen Fällen das Guthaben übertragen werden. Darauf haben sich zumindest viele Anbieter verständigt. Ansonsten bleibt die Möglichkeit, den Vertrag beitragsfrei zu stellen oder privat weiterzuführen.
Altersteilzeit	Da weiterhin Gehalt bezogen wird, kann auch die Förderung in Anspruch genommen werden. Berechnungsgrundlage für den Mindesteigenbetrag ist das tatsächlich erzielte Entgelt (also das, was ausgezahlt wird, aber vor Steuern).	Entgeltbestandteile können weiterhin umgewandelt werden. Bei Direktversicherung sollte allerdings geprüft werden, ob die zu zahlende Steuerlast noch über dem 20-prozentigen Pauschalsteuersatz liegt.

LETZTE MELDUNG:

LAUSCH-URTEIL AUS KARLSRUHE

Von Seite 7

Sofern Kinder vorhanden, sind diese im Jahre 1992 und 2000 geboren. Der unterstellte Steuersatz im Rentenalter liegt bei 15 Prozent, bei den Gutverdienenden bei 20 Prozent. Ermittelt wurde der Förderanteil in Prozent des eingezahlten Beitrags. Die Leistungsquote spiegelt das Verhältnis der gesamten selbst finanzierten Beiträge (Gesamtbeiträge abzüglich staatlicher Förderung) im Verhältnis zur ausgezahlten Jahresrente (Bruttorente abzüglich Steuern) wider. Je höher die Leistungsquote, desto wirkungsvoller der Durchführungsweg. Bei der Riesterrente erkennt man einen hohen Gesamtförderanteil, jedoch liegt die Leistungsquote in diesen Beispielen unter der einer Direktversicherung. Das liegt vor allem an der niedrigen Ertragsanteilsbesteuerung der Direktversicherung im Rentenalter. Zu erkennen ist jedoch die Überlegenheit der Eichel-Förderung über die Pensionskasse.

III. Veränderte Lebenssituation

Was ändert sich, wenn sich die Lebenssituation des Versicherten ändert (Siehe Tabelle Seite 8)?

IV. Fazit:

Die staatliche Förderung der betrieblichen Altersversorgung ist enorm. Bis 2008 werden bei einer Entgeltumwandlung sogar die ansonsten zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge eingespart. Angestellte sollten prüfen, ob sich eine private Riesterrente oder die betriebliche Altersversorgung lohnt. Die Beispiele geben Anhaltspunkte. Die künftige Lebensplanung sollte berücksichtigt werden. Auch eine Kombination einzelner Durchführungswege ist möglich. So können beispielsweise vier Prozent über die Pressepensionskasse (nach § 3 Nr. 63 EStG) umgewandelt werden; zusätzlich lassen sich 1.752 Euro pro Jahr über eine Direktversicherung bei der Presseversorgung mit 20-prozentiger Pauschalsteuerbelastung anlegen. Privat kann man außerdem noch einen Riestervertrag abschließen. Generell gilt: Nur für kinderreiche Familien und Geringverdiener lohnt sich die Riesterrente. Freie sollten grundsätzlich von der Riesterrente Gebrauch machen.

DJV-Mitglieder können sich individuell über die V&S über die optimale Gestaltung beraten lassen. Kontakt: Helge Kühl 04346/5031 /E-Mail hkuehl@djv.de.

Helge Kühl

Fragen dazu von Stefan Endter an DJV-Bundesjustitiar Benno H. Pöppelmann

DJV-info: Herr Pöppelmann, das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass der Informantenschutz als Bestandteil der Pressefreiheit zumindest mit Blick auf den Strafverfolgungsanspruch bei schweren Straftaten eingeschränkt werden darf. Ist diese Entscheidung eine Niederlage für die Pressefreiheit? Wie bewertete der DJV die Karlsruher Entscheidung?

Pöppelmann: Das Bundesverfassungsgericht hat nicht generell über den Informantenschutz entschieden. Es hat über die Frage befunden, ob bei dem Verdacht auf schwere Straftaten Telefone von Journalisten abgehört werden dürfen oder jedenfalls die Verbindungsdaten von Telefonaten herauszugeben sind, wenn konkrete Tatsachen dafür vorliegen, dass Journalisten mit mutmaßlichen Straftätern telefonischen Kontakt haben. In solchen Fällen soll nach dem Urteil die Presse- und Rundfunkfreiheit gegenüber dem Erfordernis der effektiven Strafverfolgung unter Berücksichtigung der Einzelumstände zurücktreten. Das Urteil bejaht zwar einen Eingriff in die Presse- und Rundfunkfreiheit, hält diesen aber z.B bei Ermittlungen in Mordfällen für gerechtfertigt, wenn auf andere Weise der Aufenthaltsort des gesuchten Straftäters nicht zu ermitteln ist. Das Gericht hat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Journalisten nicht wegen ihrer Recherchen zum Objekt heimlicher Ermittlungsmaßnahmen gemacht werden dürfen und dass es nicht über eine solche Maßnahme zu entscheiden hatte, die zur Aufdeckung der Identität eines typischen Informanten führen sollte, sondern zum Aufenthaltsort eines bekannten Beschuldigten.

Der DJV ist gleichwohl der Meinung, dass die Presse- und Rundfunkfreiheit mit der Entscheidung aus Karlsruhe eingeschränkt wird. Ein wesentlicher Teil der beruflichen Kommunikation von Journalisten zur Informationsbeschaffung wird heute mittels Telekommunikation geführt. Das betrifft Telefonate im Festnetz und mobil, aber auch die Kommunikation über das Internet. Die Informationsbeschaffung ist ein Teil der genannten Freiheitsrechte, weil die Veröffentlichung der Informationen durch die Medien für die Meinungsbildung wesentlich ist. Wenn Informanten von Journalisten nicht mehr sicher sein können, ob sie ungestört durch staatliche Ausforschung mit Journalisten telefonieren oder sonst digital kommunizieren können, werden deren Quellen versiegen. Weniger Vertrauen als das Bundesverfassungsgericht setzt der DJV auch in die Überprüfung der Ermittlungsrichter, die heimliche Maßnahmen anordnen müssen. Die Erfahrung zeigt, dass Ermittlungsrichter ihrer Prüfungspflicht, ob eine beantragte Maßnahme zur Überwachung der Telekommunikation im Verhältnis zur Pressefreiheit gerechtfertigt ist, nicht immer in dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Umfang nachkommen.

DJV-info: Was bedeutet das Urteil für die tägliche Arbeit der Journalistinnen und Journalisten?

Pöppelmann: Journalistinnen und Journalisten müssen sich darüber im Klaren sein, dass ihre Telekommunikation mit potentiellen Informanten nicht mehr vor Überwachungsmaßnahmen der Polizei gefeit ist. Die Karlsruher Entscheidung ist zwar kein Freibrief für die Ermittler, lässt aber Spielräume zu, die von interessierter Seite genutzt werden dürften. Selbstverständlich können die Kolleginnen und Kollegen in Zukunft nicht jede Telekommunikation unterlassen. In sensiblen Fällen sollten sie sich aber deren Einsatz genau überlegen und gegebenenfalls im Rahmen des Erlaubten auch technische Vorkehrungen treffen.

DJV-info: Wie wird der DJV mit der Entscheidung und ihren Folgen umgehen?

Pöppelmann: Der DJV wird baldmöglichst das Gespräch mit der Bundesjustizministerin suchen, um eine Ergänzung der gesetzlichen Regelungen zur Telekommunikationsüberwachung zu erreichen. Das Urteil aus Karlsruhe betont ja, dass es Sache des Gesetzgebers sei, angesichts der digitalen Kommunikationsmöglichkeiten über die Anlässe und Reichweite der Freistellung von Journalisten von strafprozessualen Maßnahmen zu entscheiden. Der Informantenschutz und das Redaktionsgeheimnis müssen in diesem Bereich zukünftig im selben Umfang gewährleistet werden wie im Bereich des Zeugnisverweigerungsrechts.

HAMBURGER SENAT WILL OFFENEN KANAL ALS BÜRGERFUNK ABSCHAFFEN

HANDSTREICH

Schon im Koalitionsvertrag hatte die Hamburger Regierung aus CDU, F.D.P. und Schill-Partei – in Verkennung oder bewusster Inkaufnahme der Folgen – vereinbart, die Kompetenzen der Hamburgischen Anstalt für neue Medien (HAM) zu beschneiden und dafür das Mediengesetz zu ändern. Doch erst bei den Neuwahlen zum Vorstand Ende vergangenen Jahres fiel ihr das Vorhaben wieder ein.

In einem Handstreich versuchte sie nun nicht nur, die Wahlen zu stoppen, weil sie selbst – anders als die SPD und die Grünen – vergessen hatte, Wahlvorschläge aus den pluralen gesellschaftlichen Gruppen anzuregen, sondern kündigte auch die eilige Änderung des Hamburgischen Mediengesetzes an. Ohne merklichen Sachverstand und ohne Verständnis für die Anforderungen moderner Medienregulierung und ihre gestalterischen Notwendigkeiten hinsichtlich der Bürgerinteressen wie des Medienstandortes sollen von der Verfassung festgelegte Aufsichtspflichten und Bürgerrechte zugunsten ökonomischer Interessen der privaten Medienwirtschaft abgeschafft werden.

So gehört zu den „Eckpunkten“ des Reformvorhabens die „Entbürokratisierung“ und „Deregulierung“, mit denen die Selbstkontrolle der Anbieter über ihre Programminhalte gestärkt und die – bisher gesetzlich vorgeschriebenen – Gestaltungsaufgaben der HAM auf die „Missbrauchsaufsicht“ zurückgeführt werden sollen. Das heißt, die privaten Anbieter können ihr Programm ausschließlich nach Marktprinzipien und Profiterwartungen gestalten. Die HAM soll diese Sender zwar noch zu lassen, die Einhaltung der Programmrichtlinien aber nicht mehr kontrollieren können. Das widerspricht dem verfassungsmäßigen Auftrag der Landesmedienanstalten, die darüber zu wachen haben, dass Rundfunk- und Fernsehprogramme nicht nur als eine Ware zum schrankenlosen Geldverdienen betrachtet

werden.

Haben die „Reformer“ überhaupt bedacht, wie sehr dieser Coup ihnen selbst schaden kann? Wer wird ihre Politik – vor allem an die Jugend – transportieren, wenn die privaten Hörfunk-Anbieter keinen „informativen Wortanteil“ mehr in ihren Dauer-Musik-Sendungen haben müssen, wer mit den Programmverantwortlichen reden, wenn sie mit fragwürdigen Formaten Kasse machen wollen? Die naive und verantwortungslose Haltung dieser Regierungspolitiker schadet am Ende auch dem Medienstandort Hamburg, dessen Wohl sie doch so gern beschwören. Auch der private Rundfunk ist nicht in erster Linie ein Wirtschaftsunternehmen, sondern seine Anbieter haben eine gesellschaftliche und kulturelle Verantwortung, damit die Informations- und Meinungsfreiheit aller Bürger gewahrt wird.

Genau das aber soll auch in einem anderen „Eckpunkt“ zur Disposition gestellt werden. Die noch zu gründende „Hamburg Media School“ greift nach der Trägerschaft des Offenen Kanals, die seit 15 Jahren bei der HAM liegt.

Damit verbunden ist ein attraktiver Jahresetat von 880.000 Euro – wohlgermerkt für den Betrieb eines zugänglichen Bürgermediums und gesellschaftlich relevanter Medienkompetenz-Projekte für Kinder und Jugendliche, nicht aber für die Ausbildung von „Führungskräften der Medienwirtschaft nach internationalem Standard“, wie das Konzept der Media School vorsieht. Studierende als künftige Filmprofis werden sich kaum dafür interessieren, die Verantwortung für Bürgerfunk und Medienkompetenzentwicklung zu übernehmen. Und so ist denn auch vorgesehen, gleich reinen Tisch zu machen und den Offenen Kanal als Hörfunk- und Fernseh-Forum für alle Einwohner der Metropole Hamburg zu schließen. Gegen Ausbildung auch im Offenen Kanal und sogar durch die Media School wäre in begrenztem Umfang nichts einzuwenden, aber dies nur in zumindest geteilter Trägerschaft zwischen HAM und Media School, um zu gewährleisten, dass alle gesellschaftlichen Gruppen einer so vielschichtigen Großstadt weiterhin Zugang zu diesem Bürgermedium behalten.

Schließlich wird von der Hamburger Regierung geplant, die 13 aus repräsentativen gesellschaftlichen Gruppen gewählten, parteipolitisch unabhängigen Vorstandsmitglieder durch nur sieben „Sachverständige“ zu ersetzen. Drei davon sollen Experten im Bereich der Medienwirtschaft sein – je einer die Medien-Technik, die -Wissenschaft, die -Pädagogik, und die -Ethik vertreten. An „Bürgervertretung“ im eigentlichen Sinn – eine demokratische Errungenschaft und ein verfassungsrechtliches Postulat – ist dabei nicht gedacht, weil sie einer „modernen Medienlandschaft“ nicht mehr entspricht. Durchsichtiger könnten die macht- und wirtschaftspolitisch gewollten Veränderungen nicht formuliert werden.

Heike Mundzeck

Heike Mundzeck ist Vorstandsmitglied der Hamburgischen Anstalt für neue Medien und arbeitet als freie Journalistin in Hamburg



Foto: Kurt Lauber

APÖ

„DER STORY-JÄGER“ WAR DA

Rund 30 Interessierte hatten sich in der Mattentwiete eingefunden, um dem Kollegen Jürgen Bertram (62) zu lauschen. Er las Auszüge aus seinem Buch „Der Story-Jäger“, im Scherzverlag erschienen. Story, Fiktion oder bald bittere Wahrheit unserer journalistischen Zukunft? So ganz Story kann es nicht gewesen sein, was er den Protagonisten erleben lässt. Dieser, ein aufstrebender Youngster aus der Provinz, im noch fiktiven „Flash-TV“ geht im wahren Sinne des Wortes über Leichen. Um seinem Sender eine tolle Exklusiv-Story rüberzubringen und um sich einen Namen zu machen. Was zählt ein Menschenleben in einem irrwitzigen Krieg im fernen Asien? Ein Hund, der zu Tränen rührt? – Fiktion? Man schaue nur in unsere Tagespresse, um zu sehen, dass der absolut erfahrene Kollege wenig übertrieben hat. Ein junger Kollege der „Blaulicht-Abteilung“ nannte es seine tägliche Realität. Denn auch in seinem Berufsleben zählen blutige Bilder halbtoter Unfallopfer, rühren Kindertränen und verirrte Kätzchen die Leser/innen mehr als die gute Tat eines Pfadfinders an einem alten Mütterchen. Dass Ingrid Hilbrink es schaffte, Jürgen Bertram, ein Urgestein des geachteten „Weltspiegels“, zu uns zu locken, ist ein großes Verdienst. Fast alle Kolleg/Innen gingen nachdenklich aus diesen kurzweiligen zwei Stunden.

Ein Nachtrag bliebe noch: Warum melden sich immer so viele KollegInnen verbindlich an, um dann doch nicht zu kommen?

Dorothea Klupp

Kontakt: Ingrid Hilbrink
IHilbrink@aol.com

AK JOURNALISTINNEN

NETZWERKKARTEI AUF DEM WEG

Zum erfolgreichen Netzwerken bedarf es Ausdauer und gemeinsamer Ziele. Das machte die Hamburger Netzwerkexpertin Bettina Klassen vor einem Jahr dem AK Journalistinnen deutlich. Inzwischen haben die Kolleginnen unter Leitung von Sabine Gondro ihr erstes Projekt auf den Weg gebracht: Eine Netzwerkkartei, die bis Ende März unter allen in Umlauf gehen soll, die den dazugehörigen Fragebogen (www.djv-hamburg.de) ausgefüllt haben.

Beim Februar-Treffen des Arbeitskreises berieten die anwesenden Kolleginnen über ihr nächstes Projekt, die Kooperation mit den Hamburger Mitgliedern des Journalistinnenbunds (JB). Seit November 2002 laden sich AK Journalistinnen und JB gegenseitig zu ihren Referentenabenden ein. In diesem

Jahr soll die Verknüpfung noch enger werden. Voraussetzung ist aber ein besseres Kennen Lernen. Deshalb lädt der AK Journalistinnen die JB-Kolleginnen zu einem zwanglosen Treffen im April ein. Bei den Referentenveranstaltungen wird der AK Journalistinnen dieses Jahr das Schwergewicht auf Themen rund um die journalistische Weiterbildung in Hamburg legen. Eine notwendige Reaktion auf den anhaltenden Abbau Festangestellter und die immer rigider werdenden Sparmaßnahmen in den Medienhäusern, die die freien Kolleginnen treffen. Für Rückfragen: 040- 3019 1206 oder privat unter 560 60833. (go)

Kontakt: Sabine Gondro
sgondro@aol.com

AK BILD

MEHR WISSEN

Weiterbildungsangebote des DJV gibt in es in Norddeutschland für Fotografen leider zu wenig. Und wenn, sind sie teuer. Um Zeit und Geld zu sparen und trotzdem mehr Wissen zu bekommen, schlage ich Euch vor, mehr Seminare in Hamburg zu veranstalten. Grundkurse für PC oder Apple, Photoshop oder Photoshop-Elemente, Steuer-Seminare von ausgebildeten Experten, Homepage-Erstellung usw. Als Veranstaltungsort kämen vielleicht die Akademie für Publizistik, die Gewerbeförderungs-Akademie oder sonst noch zu findende Möglichkeiten in Frage. Mailt oder faxt doch mal kurzfristig Eure Wünsche oder auch Angebote – etwa von guten Dozenten, preiswerten Räumlichkeiten (vielleicht schon mit entsprechendem Equipment) – an die LV-Geschäftsstelle. Wenn es viele unterschiedliche Vorstellungen dazu gibt, werde ich ein Treffen arrangieren, bei dem wir diskutieren können, welche Seminare sinnvoll sind.

Kontakt: Nils Bahnsen
info@djv-hamburg.de

AK FREIE

STANDORTWECHSEL

Der monatliche Stammtisch „Dienst-Frei“ hat seine Location im Januar in den „Kartoffel-Keller“, Deichstraße 21, 20459 Hamburg, verlegt. In der Ausgabe I. Quartal 2003 war noch das „TiBreizh“ angegeben. Sorry. Aber die KollegInnen haben den Standortwechsel sicher schon registriert

Kontakt: Dr. Götz Warnke
dr.warnke@finetech.net

NACHRUF

WALTER MOTH



Am 21. Februar starb 83-jährig unser Ehrenmitglied Walter Moth. Meer und Schiffe sollten den Lebensweg des gebürtigen Bergedorfers bestimmen. Mit seiner Schulausbildung in Schwerin, den Fahrenszeiten auf dem Großsegler „Großherzogin Elisabeth“, auf küstenfahrenden Motorseglern und in der Afrikafahrt nahm er Kurs auf das Kapitänspa-



Foto: F. v. Estorff

So kannten ihn Freunde und Kollegen: Walter Moth auf dem Bundesverbandstag 1995

tent. Der Zweite Weltkrieg, der ihn auf Schnellbooten und als Kommandanten eines Küstenschutzbootes im Mittelmeer im Einsatz sah, stoppte diese Ansteuerung. Von 1954 an journalistisch tätig, war Walter Moth zunächst Hafenreporter beim Schifffahrtsverlag Hansa, dann Autor schifffahrts- und hafenbezogener Fachliteratur beim Verlag Okis und schließlich bis zu seinem Ruhestand 1984 Ressortleiter Hafen und Schifffahrt bei der Hamburg-Information.

1957 wurde Walter Moth Mitglied in der Berufsvereinigung Hamburger Journalisten im DJV. Er war mit dem Schwerpunkt Wirtschaft und Verwaltung jahrzehntelang in Beiräten und im Bundesfachausschuss tätig. Er gehörte zu den Gründern der Akademie für Publizistik. Hervorstechend war sein Verständnis als Brückenbauer zu den jüngeren Generationen. Viele kulturelle Zusammenschlüsse erfreuten sich seines Mitwirkens. Der DJV und der Landesverband Hamburg werden das unbestechliche, wohl abgewogene Urteil Walter Moths vermissen. Ehre seinem Andenken.

Karlheinz Schmidt

ENTWICKLUNG ODER ABWICKLUNG?



Die taz – von vielen als Synonym für kritische, freche und alternative Berichterstattung gesehen – macht dieser Tage andere Schlagzeilen: Wer am 7. Februar 2003 die Hamburg-Ausgabe der taz aufgeschlagen hat, der wird über einen großen, vierspaltigen Kasten gestolpert sein. Unter der Überschrift „Entwicklung oder Abwicklung“ gingen die Beschäftigten der taz-Hamburg an die Öffentlichkeit und formulierten in 124 Zeilen ihre Sorge um die taz in der Hansestadt und ihre Arbeitsplätze. Vorausgegangen waren Pläne der Geschäftsleitung, die taz-Nord mit den Standorten Hamburg und Bremen gemeinsam mit dem Lokalteil NRW sowie

der Le Monde Diplomatique und der Digitaz in eine sogenannte Entwicklungs-GmbH & Co KG zu überführen. Die Betroffenen fühlten sich über dieses Outsourcing nicht informiert. Man habe eher durch Zufall von dem Projekt erfahren. Wörtlich heißt es in dem Artikel: „Auf Nachfrage wurde uns anschließend von der Geschäftsleitung versichert, an dem Status der Hamburger MitarbeiterInnen ändere sich durch die neue Rechtsform nichts. Als der Betriebsrat dies jedoch schriftlich fixiert haben wollte, wurde dies verweigert.“

Die Gewerkschaften DJV und ver.di wurden daraufhin um Unterstützung gebeten. Eine gemeinsame Tarifkommission erarbeitete den Entwurf eines Sicherungstarifvertrages und forderte die taz-Geschäftsleitung zu Verhandlungen auf. Die Resonanz spricht für sich: Schweigen.

Statt dessen sehen sich die Beschäftigten nun mit einem neuen Konzept der Geschäftsleitung konfrontiert, wonach die Redaktionen Hamburg und Bremen zusammengelegt und eine reduzierte, gemeinsame Ausgabe vorgesehen ist. Zu ihrer Situation noch einmal die Beschäftigten: „Ohnehin ist die 50-Stunden-Woche bei uns die Regel – und das bei einem Gehalt, das etwa bei der Hälfte des normalen Tarifs bei Tageszeitungen liegt.“

Stefan Endter

AUFRUF DES DJV ZU DEN PERSONALRATSWAHLEN BEIM



DAVID GEGEN GOLIATH

GUTE CHANCEN FÜR UNSERE KANDIDATEN

Die fest angestellten Kolleginnen und Kollegen des Norddeutschen Rundfunks (NDR) sind aufgerufen, vom 19. bis zum 21. Mai 2003 ihre neuen Personalräte zu wählen. Im Einzelnen sind dies die örtlichen Personalräte für die Landeshäuser Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie den zentralen Gesamtpersonalrat des NDR. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) kandidiert wieder für sämtliche Gremien.

Diese Wahl unterscheidet sich in einem wichtigen Punkt von der vorangegangenen: Während damals zum Beispiel in Hamburg der DJV mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) und der Deutschen Orchester-Vereinigung (DOV) die gemeinsame „Drei-D-Liste“ gebildet hatte, tritt der DJV nach dem Aufgehen von DAG und DOV in die Dienstleistungs-Gewerkschaft ver.di außer in Mecklenburg-Vorpommern mit eigenen Listen an. In Schwerin kommt es zu einer Gemeinschaftswahl mit ver.di.

Eine Gemeinschaftswahl auch für Hamburg wäre für den DJV mit einem erheblichen Risiko verbunden. Grund: Bei der letzten Wahl gab es in Hamburg eine zweite Liste der damaligen IG-Medien. Damit würde die Gemeinschaftsliste zu einer einfachen zweiten Liste. Eine derartige Liste hätte auch diesmal zur Folge, dass nach einem Ausscheiden eines DJV-Mitglieds aus dem Personalrat nicht ein Kandidat des DJV, sondern ein auf dieser ehemaligen Gemeinschaftsliste nachfolgender Kandidat von ver.di nachrückte.

„Diesmal heißt es: DJV gegen ver.di – also David gegen Goliath“, erklärt DJV-Betriebsgruppen-Chef Wolfgang Heinemann. Und weiter: „Dennoch sind unsere Chancen nicht schlecht. Viele in den

Redaktionen fühlen sich nämlich von der großen Gewerkschaft nicht ausreichend vertreten. Der DJV dagegen ist die einzige Gewerkschaft, die sich ganz auf die Interessen der Redaktionen konzentrieren kann. Das Wichtigste: Jeder sollte zur Wahl gehen!“

Sieben Forderungen stehen im Mittelpunkt des Wahlkampfes der DJV-Kandidaten überall im NDR:

- Gleiche Zuschläge für alle
- Transparenz bei der Stellenbesetzung
- Faire Aufstiegschancen
- Endlich echte Gleichstellung
- Sichere Zukunftsperspektiven für Freie
- Weg mit den Arbeitsbefristungen für Freie
- Längere Kasino-Öffnungszeiten.

DJV-Spitzenkandidat bei der Wahl des Gesamtpersonalrats ist wiederum Dr. Arthur Paustian, Redakteur in der Nachrichtenredaktion des Hörfunks am Rothenbaum.

Die DJV-Liste für den Hamburger Personalrat, der die Interessen der Kolleginnen und Kollegen in den Betriebsteilen Lokstedt (Fernsehen) und Rothenbaum (Hörfunk) vertritt, wird angeführt von Susanne Gommert. Sie ist Redakteurin bei NDR-Info „Das Forum“ und gehört ebenfalls schon dem jetzigen Personalrat an.

Die DJV-Vertreter sind bereit, schon jetzt Fragen zur Wahl zu beantworten. Susanne Gommert ist unter der NDR-Telefonnummer 4156-2894 zu erreichen, Dr. Arthur Paustian unter 4156-2533 und Wolfgang Heinemann unter 4156-2811.

Die Stimmenabgabe in Hamburg findet an drei Tagen statt: Am 19. Mai von 11:30 bis 14:30 Uhr in der Warburgstraße für die dorthin während der Bauzeit „ausgelagerten“ Kolleginnen und Kollegen vom Rothenbaum, am 20. Mai von 9 bis 18 Uhr in Lokstedt und am 21. Mai von 9 bis 18 Uhr am Rothenbaum.

Die Stimmenausschüttung – selbstverständlich öffentlich – beginnt nach der letzten Wahl am 21. Mai ab 18 Uhr im Kasino am Rothenbaum.

Werner Lüchow



Kandidatin für Hamburg:
Susanne Gommert



Wieder Gesamtpersonalrat:
Dr. Arthur Paustian



DJV-Sprecher im NDR:
Wolfgang Heinemann

NAMEN

Sabine Gondro, Hamburger Beiratsmitglied und Leiterin des AK Journalistinnen, wurde im Februar zur stellvertretenden Vorsitzenden im Bundesfachausschuss Zeitschriften gewählt. **Lothar Hausmann** (NRW) wurde als Vorsitzender in seinem Amt bestätigt. Zweiter Stellvertreter ist jetzt **Klaus Messenzehl** (BJV).

Kay E. Sattelmair (ASV, Vertreter des BDZV) ist für ein weiteres Jahr Sprecher des Plenums im Deutschen Presserat. Seine Stellvertreterin wurde erneut die Kollegin im DJV, **Dr. Ilka Desgranges**. DJV-Justitiar **Benno H. Pöppelmann** übernimmt – ebenfalls für ein weiteres Jahr – den Vorsitz des Trägerverschieden des Deutschen Presserats. Nach einer Satzungsänderung im vergangenen Jahr geht der Presserat nun dazu über, die vorsitzenden aller Gremien jeweils für zwei Jahre zu wählen. Den Vorsitz des Beschwerdeausschusses Redaktionsdatenschutz hat jetzt für zwei Jahre **Jörg Steinbach** (DJV) übernommen.

Seit Anfang März moderiert **Caren Miosga** das NDR-Medienmagazin ZAPP. Sie löste **Gerhard Delling** ab, der jetzt den Programmbereich NDR Sport leitet. Miosga (34) ist bereits seit 1999 nicht nur Moderatorin des NDR-Kulturjournals, sondern dort auch als Autorin tätig.

Jörg Hoenicke übernahm bei der Hamburg Tourismus GmbH (HHT) die Leitung des ihres neu eingerichteten Bereichs Marketing Services und Eventmanagement. Der 56-jährige Hoenicke war vorher lange Jahre Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Unternehmens. Dort ist **Martina Karena Rostock** seine Nachfolgerin. Die 33-jährige arbeitet schon seit fünf Jahren in der HHT.

Die Nachfolgerin ist da: **Kathrin Tsainis** (35) leitet seit 1. März die Redaktion der „Brigitte Young Miss“. Nachdem **Anne Copenrath** nach relativ kurzem Gastspiel als Chefredakteurin das Blatt verlassen hatte, war Herausgeberin **Anne Volk** – hier selbst lange, lange Jahre die Blattmacherin – zunächst in die Bresche gesprungen. Tsainis war nach ihrer journalistischen Ausbildung schon Redakteurin bei „Young Miss“, danach bei „Brigitte“ im Ressort Dossier und kommt jetzt von „Max“, wo sie als Reporterin gearbeitet hat.

.....
 • Schreibtischplatz zur Untermiete zu vergeben. Kleines aber feines Büro mit Kollegen und Kollegin aus dem Printbereich. ISDN, Fax, Küche und Blick ins Grüne, Kostenpunkt ca. 145,- Euro warm, keine Startkosten, daher ideal für Büroeinsteiger. Bei Interesse bitte bei Meike Schnitzler unter 0179-4940460 melden.

NACHRICHTEN

Die DAK wird ab sofort Schwangeren, die über die Künstlersozialkasse bei ihr versichert sind, **Mutterschaftsgeld auch in den ersten sechs Wochen der Mutterschutzfrist zahlen**. Das wurde jetzt dem DJV ausdrücklich bestätigt. Damit ist die bisherige Rechtslage, die von allen anderen Krankenkassen ohnehin unproblematisch angewendet wurde, auch wieder bei der Deutschen Angestellten-Krankenkasse hergestellt.

Die Hamburgische Anstalt für neue Medien (HAM) genehmigte der DFA (Deutsche Fernseh Nachrichten Agentur) die **Anteil-Übernahme** von der Kirch Beteiligungs-GmbH unter dem Vorbehalt, dass sich keine medienrechtlichen Bedenken aus den noch vorzulegenden Verträgen ergeben. **Damit hat der private TV-Sender Hamburg 1 nun tatsächlich einen neuen Eigentümer**. Der Sender will das Konzept eines lokalen TV-Senders weiter ausbauen und ein neues Format aufnehmen, das hanseatische Unternehmen präsentiert.

Klassik Radio kommt mit regionalen Fenstern. **Der bundesweite Musiksender** – in Hamburg auf UKW 98,1 MHz zu hören – konnte seine Lizenz entsprechend erweitern und das Programm nun zeitweise auseinander schalten. In der Hansestadt ist das Klassik-Musikprogramm **um Wetter- und Verkehrsberichte erweitert worden**. So erfährt man jetzt beispielsweise, welche Flugzeuge von wo kommend wie viel Verspätung haben.

Der Axel Springer Verlag (ASV) **zeigt wieder schwarze Zahlen**. Er verdreifachte das um die Sondererlöse bereinigte Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Firmenwertabschreibungen von 33 Millionen (2001) auf 110 Millionen Euro. Es soll eine Dividende von 65 Cent pro Stückaktie geben.

Der Presserat hat in der jüngsten Sitzung seines Beschwerdeausschusses 69 Beschwerden bearbeitet. **Dabei wurden neben vier öffentlichen und vier nicht-öffentlichen Rügen** neun Missbilligungen und 18 Hinweise ausgesprochen. 29 Beschwerden wies der Ausschuss als unbegründet zurück.

Lexmark stoppt Fremdprodukte. Ein Gericht in den USA hat eine EV erlassen, die es Konkurrenten unmöglich macht, leere Kartuschen wieder aufzufüllen und für bestimmte Lexmark-Drucker wieder zu verwenden. **Das anstehende Gerichtsverfahren ist wegweisend für die Drucker-Hersteller**, die ihre Gewinne in aller Regel nicht mit dem Verkauf der Geräte erzielen, sondern ihr Geld mit dem Zubehör verdienen. Sollte Lexmark ein Urteil im Sinne der EV bekommen, dürfte es für viele Endanwender vorbei sein mit dem preiswerten Nachkauf von Kartuschen.

Impressum:
 Das DJV-info erscheint viermal im Jahr

Herausgeber:
 Deutscher Journalisten-
 Verband Landesverband
 Hamburger e.V.
 Rödingsmarkt 52, 2. OG
 20459 Hamburg
 Dr. Annegret Witt-Barthel
 (1. Vorsitzende, Vi.S.d.P)

Tel.: 040-36 97 10-0
 Fax: 040-36 97 10-22
 e-mail: info@djv-hamburg.de
 www.djv-hamburg.de

Redaktion:
 Inge Dose-Krohn (Leitung)
 e-mail: ideka@t-online.de
 Marina Friedt
 Werner Lüchow
 ständige Mitarbeit freier Autoren und Fotografen

Layout:
 Klaus Paulsen - Studio Plus

Bezug:
 Einzelheft 1,55 Euro
 Für Mitglieder des DJV
 Hamburg ist der Heftpreis im Mitgliederbeitrag enthalten

Anzeigenbearbeitung:
 Kirsten Stange
 Geschäftsstelle DJV
 Tel.: 040-36 97 10-0
 Es gilt Anzeigenpreisliste 3

Satz und Druck:
 P+N Offsetdruck KG
 Dammtorstrasse 29
 20354 Hamburg

ISSN 1432-4342

TERMINE

Informieren Sie sich über mögliche kurzfristige Änderungen von Terminen und auch über die aktuellen Events auf unserer Homepage unter www.djv-hamburg.de

April

7./9. 4. – Marketing für Freie – Seminar Nr. 24/2003 für Freie, die ihre Themen besser vermarkten wollen. Mehr Infos bei der Akademie für Publizistik AfP, Warburgstraße 8-10, 20354 Hamburg, Tel: 414796-0.

8. 4. – "Dienst-Frei", Stammtisch der Freien jeden 2. Dienstag im Monat ab 19:30 Uhr im Kartoffel-Keller, Deichstraße 21. Ein Tisch ist reserviert.

9. 4. – Kennlern-Abend AK Journalistinnen und Journalistinnenbund, Leitung Sabine Gondro, Beginn 19:30 Uhr, LV-Geschäftsstelle, Rödingsmarkt 52, 2. OG

14. 4. – Neumitglieder-Treffen in der LV-Geschäftsstelle, Rödingsmarkt 51, 2. OG, 20459 Hamburg, Beginn 18:30 Uhr

26./27. 4. – 6-teiliges Seminar Produktionsleitung – 1. Einführung in das Berufsbild, medien und kulturarbeit e.V., Filmhaus Friedensallee 7, 22765 Hamburg, Tel: 040/39909931

28. 4. – Ordentliche Jahreshauptversammlung der Mitglieder im DJV-LV Hamburg, Beginn 19:00 Uhr, großer Sitzungssaal, 3. Stock, Mattentwiete 2, 20457 Hamburg, siehe auch Seite 2.

29. 4. – Podiumsdiskussion über die Zukunft der Medienausbildung, 18:00 Uhr Hotel Marriott, ABC-Straße 32, 20354 Hamburg.

Mai

13. 5. – "Dienst-Frei", Stammtisch der Freien, ab 19:30, Details siehe April.

19.-21. 5. – Profi-Online-Recherche, Seminar Nr. 34/2003 in der AfP, Details siehe April

21. 5. – AK Journalistinnen, turnusmäßiges Treffen jeden 3. Mittwoch im Monat. Infos bei Sabine Gondro, sgondro@aol.com. Referentenabend mit Journalistin Carola Heldt vom Expertinnen-Beratungsnetz Hamburg, Beginn 19:30 Uhr, in der Geschäftsstelle, Rödingsmarkt 52, 2. OG

26./27. 5. – 5. Hamburger Dialog, im Congress Centrum Hamburg (CCH), aktuelle Infos über Programm, Uhrzeiten etc. unter www.hamburger-dialog.de

Juni

10. 6. – "Dienst-Frei", Stammtisch der Freien ab 19:30 Uhr, Details siehe April.

18. 6. – AK Journalistinnen, Details siehe Mai.

26. 6. – Journalistinnen-Stammtisch – zum Klönen und Kontakte knüpfen im Frauencafé "Endlich", Dragonerstell 11, ab 20:00 Uhr. Treffpunkt für Kolleginnen an jedem letzten Donnerstag im Monat. Kontakt: Carola Kleinschmidt, Telefon 0177-30084609.

Das AfP-Seminar-Programm 2003 kann unter www.akademie-fuer-publizistik.de nachgesehen oder als Broschüre bei der AfP angefordert werden.

DER FILMPATE

DER FALL DES LEO KIRCH



Bis ihn der Pleitegeier fest in seinen Krallen hatte, war er der größte Filmhändler der Erde, der fast 50 Jahre lang an den Strippen zog, die da Zelluloidstreifen heißen. Doch selbst wenn es darunter einen Streifen gäbe, der mit 10 Oskars allein für das Skript gekrönt wurde, wäre er ein Peanut gegen das, was sich im Drehbuch zu dem „Filmpaten Leo Kirch“ in der Zeit kurz vor seiner Insolvenz abspielte. Und die Besetzung war eben so herausragend: Kanzler Schröder und Kanzlerkandidat Stoiber, Medienzar Rupert Murdoch, Formel-1-Ecclestone, Italiens Berlusconi und ein Ölprinz (beileibe nicht der von Karl May). Warum engagierten sie sich derart vorder- oder hintergründig? Warum ging Leo Kirch oder vielmehr sein Imperium in einem solchen Finanzdebakel unter?

Thomas Clark, promovierter Arbeitsrechtler und vor allem Medienredakteur der „Financial Times Deutschland“, ging der Sache auf den Grund – in allerbesten Journalistenmanier. Seine vielseitigen Kontakte aus der Zeit vor dem Kirch-Supergau brachten ihm viele (mehr als 50) Interviews und offene, persönliche Gespräche. Weil aber einige dieser Gesprächspartner die Nennung ihrer Namen ausschlossen, liest sich manches, als litt der Autor unter galoppierender Fantasie. Mitnichten! Das Leben des Leo Kirch ist eben so, genau wie sein Vorname so ist – nicht Leopold oder Leonhart - Kirch heißt Leo. Und nomen est omen war er ein Löwe, ein Patriarch, der wie ein Pate die Loyalität hoch schätzte, honorierte und auch zurückgab; letzteres in einer geradezu starrsinnigen Art, die seinem Imperium gravierend schadete.

Clark hat seine Informationen und eigenen Eindrücke darüber zu Papier gebracht. „Der Filmpate“ - Der Fall des Leo Kirch - ist ein Buch geworden, bei dem allein die Zweideutigkeit des Untertitels hohe Erwartungen weckt. Und sie werden erfüllt. Es ist spannend wie ein Krimi, den man nicht mehr aus der Hand legen mag, bevor man ihn zu Ende gelesen hat. Damit man aber bei der grandiosen Besetzungsliste und dem zeitlichen Ablauf im Lebens-Drehbuch des Leo Kirch nicht ins Schleudern gerät, gibt es zum Nachschlagen eine Zeittafel und ein Namensregister.

Thomas Clark

Der Filmpate - Der Fall des Leo Kirch

287 Seiten mit 8-seitigem Bildteil

gebunden, 21,90 Euro

Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2002

ISBN 3-455-09382-5



MOVSKY

DESIGN



REGALE, TREPPEN, MUSIKSCHRÄNKE, LAMPEN AUS EISEN, GLAS, PAPIER...

WIR BAUEN ES!

KLAUS PAULSEN · POELCHAUkamp 7B · 22301 HAMBURG

TEL: 480 83 43 · FAX: 48 99 49 · PAULSEN.PAULSEN@T-ONLINE.DE · www.movsky.de